

**SPD Bundeswahlkreis Konferenz am 12.10.2016**  
**Rechenschaftsbericht der Bundestagsabgeordneten Ulrike Bahr**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

drei Jahre lang habe ich jetzt in Berlin als Bundestagsabgeordnete den Wahlkreis Augsburg - Königsbrunn vertreten und habe viele neue Erfahrungen gemacht. Da ist die **Berliner Maschinerie** mit durchgetakteten Sitzungen und Terminen, von Arbeitsfrühstücken bis zum parlamentarischen Abend, und vielen lieben Besuchern aus Augsburg und Schwaben. Da bleibt wenig Zeit zum Nachdenken und zur Reflektion.

Und da ist die **Augsburger Szenerie**, die ich sehr viel aktiver gestalten kann, wo es aber auch hohe Erwartungen gibt, etwa nach dem Motto „liebe Ulli, jetzt sorg doch bitte dafür, dass die Stadt mehr Geld vom Bund bekommt, die Leiharbeit abgeschafft und die Renten deutlich angehoben werden.“ Ich gehe dann immer zu Frau Merkel und schaffe ihr das an, aber sie hört noch nicht auf mich!

Aber Spaß beiseite liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode auf einen Koalitionsvertrag verständigt, der mit großer Mehrheit in einer Mitgliederabstimmung von den Genossen verabschiedet wurde. Was haben wir davon jetzt umsetzen können?

- Wir haben seit dem 01.01.2015 den **Mindestlohn** eingeführt. Vorher hatten wir 4,8 bis 5,4 Millionen Beschäftigte mit einem geringeren Stundenlohn. Ca. 90.000 Minijober wurden in dem Zusammenhang in eine sozialversicherungspflichtige Stelle übernommen.
- Eine neue Regelung von **Leiharbeit** und **Werkverträgen** ist im Gesetzgebungsverfahren. Zeitarbeiter dürfen danach nur für maximal 18 Monate in einem Betrieb arbeiten und müssen sonst übernommen werden. Nach 9 Monaten müssen sie den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeschaft.

- In Sachen **Entgeltgleichheit** von Männern und Frauen hat unsere Ministerin Manuela Schwesig Kernaussagen für ein „Lohnleichheitsgesetz“ vorgelegt. Hier blockiert die Union nach wie vor, da könnt ihr sicher sein, da werden wir weiter Dampf machen. Und so wie es aussieht, hat sich die SPD in den letzten Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, es wird auf jeden Fall einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung geben.
- Für die Familien haben wir das „**ElterngeldPlus**“ durchgesetzt. Familienarbeit und Berufstätigkeit können durch reduzierte Arbeitszeit und partnerschaftliche Teilung der Arbeit besser vereinbart werden. Für die Einkommenseinbuße gibt es einen finanziellen Ausgleich. Außerdem haben wir die „**Familienpflegezeit**“ geschaffen, pflegende Angehörige können von der Arbeit freigestellt werden, um die Pflege zu organisieren.

Das sind nur erste Schritte, wir werden daran arbeiten müssen, **mehr Zeitsouveränität** für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu ermöglichen. Als stellvertretende Leiterin der Projektgruppe „Neue Zeiten“ arbeite ich aktiv mit an Konzepten für eine „Arbeit, die ins Leben passt“, anstatt umgekehrt, das Leben ausschließlich an der Arbeit auszurichten.

- Bei der **Rente** haben wir die **abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren** durchgesetzt, wovon unmittelbar mehr als 200.000 Menschen profitieren, die schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Mit der **Mütterrente** haben wir erreicht, dass Mütter und Väter, die vor 1992 Kinder erzogen haben, jetzt pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit angerechnet bekommen anstatt eines. Pro Kind macht dies etwa 29 € im Monat aus! Aktuell sind wir dabei die „**Flexi-Rente**“ auf den Weg zu bringen, womit wir den Bürgern mehr Flexibilität beim Wechsel in den Ruhestand geben möchten, Teilzeitarbeit und Rentenbezug können besser vereinbart werden.
- Beim Wohnen haben wir die **Mietpreisbremse** durchgesetzt und die Mieter bei den **Maklergebühren** entlastet (Wer bestellt, zahlt). Allerdings blockiert die Union bisher die notwendige Verschärfung der Gesetze, so

dass die Mietpreisbremse wenig wirkt. Wir haben im weiteren ein neues Gesetz zur **steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus** vorgelegt.

- Wir haben die **Städtebauförderung** wieder kräftig angeschoben, insbesondere mit dem Programm „Soziale Stadt“. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden um 2 Milliarden € bis 2019 angehoben.
- Bei der Gesundheitsförderung haben wir mehrere Gesetze auf den Weg gebracht:  
das **Präventionsgesetz**, wonach jährlich 500 Mio € in die Gesundheitsförderung fließen,  
das **Hospiz- und Palliativgesetz** insbesondere mit einer besseren Förderung ambulanter Hospizdienste und einer besseren palliativmedizinischen Versorgung  
und das **Krankenhausstrukturgesetz** für eine bessere Überleitung vom Krankenhaus in die nachfolgende Versorgung.
- Das **Pflegeversicherungsgesetz** wurde nach jahrelangem Reformstau umfassend neu geregelt, mit einem neuen **Pflegebedürftigkeitsbegriff**, der die Hilfebedürftigkeit insbesondere bei geistigen Einschränkungen besser abbildet und mit deutlichen verbesserten Leistungen, insbesondere für die ambulante Versorgung.
- Wichtig war uns die **Entlastung der Kommunen**; seit 2014 werden die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig übernommen. Rund 1 Milliarde Euro werden für den Bau und den Betrieb von Kindertagesstätten und die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur verausgabt.
- In der **Bildung** haben wir das BaföG um 7% erhöht, wobei der Bund seit 2015 die Kosten des BaföG vollständig übernimmt, was allein eine Entlastung der Länder zugunsten von Kitas, Schulen und Hochschulen von 1,17 Milliarden Euro pro Jahr bedeutet. Im weiteren gibt es neue Programme zur Finanzierung von Studienplätzen und für aktive Innovationspolitik. Nachdem das Betreuungsgeld höchstrichterlich gekippt wurde, kann dieses Geld vom

Bund außer in Bayern zusätzlich für Kitas und Schulen eingesetzt werden.

- Schließlich haben wir verschiedene **Programme zur Stärkung der Demokratie** auf den Weg gebracht, mit einer verlässlichen Förderung von Netzwerken und Jugendorganisationen, so zum Beispiel auch die Fortschreibung und Absicherung der Förderung von Mehr-Generationen-Häusern. Im Bundesprogramm „Demokratie leben“ sind im nächsten Jahr allein 104 Mio € für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Salafismus vorgesehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
schon diese kurze Übersicht macht deutlich, dass in dieser Legislaturperiode unglaublich viel bewegt wurde, einiges steht auch noch an. Bei vielen gesetzlichen Regelungen steht die Umsetzung noch aus und wir müssen sehr genau hinschauen, ob sie tatsächlich funktionieren und so wirken, wie wir uns das vorgestellt haben.

Natürlich kann in einer solchen Koalition mit der CDU / CSU nicht alles erreicht und durchgesetzt werden, was zentrale Anliegen der Sozialdemokratie sind – Grüne und Linke haben uns gerne mit diversen Anträgen immer wieder daran erinnert ! Allerdings hätten wir dann jetzt auch nicht den Mindestlohn, die Rente nach 45 Beschäftigungsjahren, die Reformen im Wohnungswesen und so weiter. Unter dem Strich haben wir damit mehr sozialdemokratische Politik und eine Verbesserung für viele Menschen durchsetzen können, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Als Opposition wäre dies nicht möglich gewesen!

Es hat in diesen drei Jahren aber immer wieder auch politische Entscheidungen und Abstimmungen gegeben, bei denen ich persönlich nicht mitgehen konnte, weil ich sie für falsch und mit meinen Überzeugungen nicht für vereinbar gehalten habe. Ich meine damit z.B. die Abstimmungen über die Waffenlieferungen an die Kurden. Es gibt eben keine Gewähr, dass diese Waffen ausschließlich gegen die Mörderbanden des IS eingesetzt werden, sondern die kriegerische Auseinandersetzung nur weiter anheizen. Ich habe auch gegen Verschärfungen des Asylrechts gestimmt, weil die Aufnahme

immer weiterer „sicherer Staaten“ dieses Recht nur weiter aushöhlt und die restriktive Handhabung des Familiennachzugs Integration behindert.

Es ist eine große Stärke unserer Partei, dass sie diese kritische Auseinandersetzung über unterschiedliche Auffassungen aushält, ohne den Stab über den jeweils anderen zu brechen. Ich hoffe daher sehr, dass es dadurch auch gelingt, mehr Genossinnen und Genossen für eine konsequente Position in Sachen Friedenspolitik und Menschenrechte zu gewinnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
das Thema Friedenspolitik, die Auseinandersetzung mit dem IS und mit der Situation im Nahen Osten habe ich auch immer wieder auf meinen Veranstaltungen in Augsburg aufgebracht. Insgesamt waren es bisher mehr als 30 Veranstaltungen zu allen aktuellen und wichtigen Themen, zum Rechtsextremismus und den Salafisten, zur Integration von Flüchtlingen, zur Situation und dem Schutz der Frauen, zur Pflege, zur Rente oder zur Gestaltung der modernen Arbeit. Ihr könnt dies auch in meinem Rechenschaftsbericht nachverfolgen, der hier ausliegt.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir mit unseren Veranstaltungen sehr viele Bürger in Augsburg erreicht haben. Wir hatten immer zwischen 50 und 100 Besuchern und es waren immer ganz unterschiedliche Besucher, je nach Thema. Wir haben zum Beispiel bei unserer Veranstaltung in der Kleingartenanlage Uhlandwiese Bürger erreichen können, die sonst nie zu einer politischen Veranstaltung gehen.

Es ist eine sehr aufwändige und mühsame Arbeit, diese Veranstaltungen gut vorzubereiten, dafür zu werben und den Zugang zu immer wieder anderen Bürgern des Wahlkreises zu finden – aber ich meine, es ist der einzige Weg, wenn wir Vertrauen zurückgewinnen und mit den Bürgern ins Gespräch kommen wollen. Auch im Nachgang zu den Veranstaltungen haben wir viele positive Rückmeldungen bekommen.

Von der Presse, insbesondere der AZ, werden wir konsequent ignoriert, da nützen auch alle Pressemitteilungen und Einladungen nichts. **Aber die Besucher dieser Veranstaltungen gehen nach Hause und erzählen in ihrem**

**Umfeld von diesen Veranstaltungen, dass sie sehr interessant sind und dass sich die SPD ernsthaft für unsere demokratische Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit einsetzt und bemüht. Das ist es, was zählt!**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
diese Auseinandersetzung mit den Bürgern ist durch nichts zu ersetzen, gerade jetzt, wo wir in Europa aber eben auch in Deutschland eine Rückkehr des Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit erleben, von der wir glaubten, dass sie längst überwunden seien.

Wir haben letztes Jahr die sogenannte „Flüchtlingskrise“ erlebt – schon allein diese Bezeichnung ist ein Skandal! Da kommen fast eine Million Menschen zu uns, weil sie Schutz suchen vor Krieg und Verfolgung, nehmen auf der Flucht die größten Gefahren auf sich und wir bezeichnen sie als Krise! Die Verhältnisse in ihrer Heimat in Syrien, Afghanistan oder Afrika, woran die westlichen Staaten nicht unschuldig sind, sind eine Krise, aber nicht die Menschen, die deswegen zu uns kommen!

Wir haben erleben dürfen, wie sich Tausende von Ehrenamtlichen um diese Flüchtlinge gekümmert und sie willkommen geheißen haben! Städte, Landkreise und Gemeinden nicht nur in unserer schönen Stadt Augsburg haben zusammen mit den verschiedensten Organisationen unter größter Anspannung aller verfügbaren Kräfte dafür gesorgt, dass diese Menschen mit ihren Familien erst einmal ein Dach über den Kopf bekommen, Kleidung, Essen und medizinische Versorgung erhalten haben. Eine wirklich grandiose Leistung, die uns im Ausland, auch wegen unserer unseligen Geschichte, viel Anerkennung eingebracht hat. Deswegen bin ich auch heute sehr stolz auf unser Land mit diesen Bürgern mit dieser solidarischen Haltung. Dieses Deutschland schätze ich und bin stolz darauf, dazu zu gehören!

Nur - was hören wir heute, die Regierung habe einen fürchterlichen Fehler gemacht, als sie die Flüchtlinge hereingelassen hat, anstatt sie wie die Ungarn einfach zu vertreiben! Der Staat habe die Kontrolle verloren – was anscheinend für einige die absolute Horrorvision ist, ich bin da eigentlich ganz froh, wenn er nicht alles kontrolliert - aber er

hat eben nicht jeden Flüchtling gleich erkennungsdienstlich behandelt.

Wie soll man sich das eigentlich vorstellen? Hunderttausende stehen vor der Grenze und sollen sich etwa wie beim Bürgeramt erst ein Nümmerchen ziehen, und brav warten, bis sie dann der Reihe nach eingelassen werden? Wie kann man eigentlich nur einen solchen Blödsinn erzählen, wie es die AZ mit ihrem Chefredakteur in ständigen Kommentaren von sich gibt und ihre Leserschaft befeuert.

Natürlich gibt es bei einer Million Flüchtlingen auch einige, deren Verhalten nicht in Ordnung ist und wo es einem lieber wäre, sie wären gar nicht erst hier. Aber ich gestehe freimütig, dass ich unter einer Million Deutsche wahrscheinlich auch so einige finden würde, bei denen es mir ähnlich geht.

Ja und es gibt unter den Flüchtlingen auch welche, die gezielt hierher geschickt wurden, um Terroranschläge zu begehen und zwar gerade als Flüchtlinge, um die Bevölkerung gegen sie aufzubringen und dieses Land zu destabilisieren. Das ist schlimm und muss in aller Konsequenz angegangen und aufgeklärt werden. Ich habe großes Vertrauen in unsere Sicherheitskräfte, dass sie dieser Herausforderung Herr werden. Wir haben zuletzt ja auch wieder erleben können, dass sie einen guten Job machen. Wir werden uns als SPD weiterhin dafür einsetzen, dass sie die notwendigen Ressourcen für ihre Arbeit erhalten.

Aber ist dies ernsthaft ein Grund, warum wir uns jetzt in Deutschland fürchten müssen und meinen, hinter jedem Busch lauert ein islamistischer Attentäter? Ist es deswegen nachvollziehbar und verständlich, wenn Nationalismus und Ausländerhass wieder salonfähig werden oder fallen wir damit nicht gerade auf die perfide Strategie des IS herein, die Opfer braucht, damit sie neue Opfer gewinnen kann?

Es ist das historische Versagen einer Partei in Bayern, die sich christlich nennt, dass sie diesem Bodensatz an nationalistischem und braunem Gedankengut von Stammtischen wieder Rechtfertigung verliehen hat, nicht zuletzt auch im Verbund mit Teilen der Presse. Es war lange Zeit in Deutschland mit unserer Vergangenheit tabu, einer

Ideologie des Deutschtums als der besseren Menschen öffentlich zur Anerkennung zu verhelfen. Es wäre die historische Verantwortung aller demokratischen Parteien gewesen, gemeinsam gegen Ausländerhetze und nationalistische Ideologien und für den Schutz der Menschen gleich welcher Nationalität oder welchen Glaubens anzutreten, um den Hetzern der AFD keinen Raum zu geben – die CSU hat hier nicht nur aus wahltaktischen Gründen grandios versagt. Sie hat diesem Gedankengut wieder zur Anerkennung verholfen und dazu beigetragen, dass es in Wahlen auf einmal darum geht, wie man Flüchtlinge am schnellsten wieder in ihr Elend zurückschickt!

Wenn ein Generalsekretär der CSU sich dazu hinreißen lässt, öffentlich zu verkünden, dass das – Zitat – „schlimmste ein fußballspielender, ministrierender Senegalese ist“, weil man ihn dann nicht mehr los wird, dann wird deutlich, welche Geisteshaltung in dieser Partei herrscht und was man sich von dieser Partei an Menschlichkeit und Integrationsbemühungen erwarten darf. Wie „be-scheuer-t“ ist das denn? Es gibt also für diese Partei nichts Schlimmeres, als dass Flüchtlinge ihr Geschwafel von Integration tatsächlich ernst nehmen und sich integrieren wollen. Dabei sollten sie doch das Material dafür liefern, das man sie ganz schnell wieder zurückschicken muss! Es ist wohl auch kein Zufall, dass der Herr Scheuer dafür Senegalesen anstatt Syrer oder Afghanen bemüht, die können sich noch so anstrengen, die bleiben einfach schwarz!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ja ich gebe zu, dass es mir bei solchen Äußerungen und wahltaktischen Verhalten der CSU schwer fällt, diese Partei nicht völlig ins Abseits zu stellen. Dabei gibt es auch in der CSU sehr viele Mitglieder und auch Mandatsträger, denen unsere Demokratie, die Menschenrechte und die christlichen Werte das höchste Gut sind und denen es mehr als peinlich ist, wie sich ihre Partei aufführt. Wenn sie an ihrer Haltung festhalten wollen, bleibt ihnen allerdings nichts anderes übrig, als bei der nächsten Wahl die SPD zu wählen!

Wenn also die CSU an ihrer Doktrin festhält, dass es rechts von ihr keine ernst zu nehmende Partei geben darf und sie sich deswegen kaum mehr von der AfD unterscheidet, dann ist sie eigentlich für die meisten Bürger nicht mehr wählbar!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
auch in unserer Partei höre ich immer wieder, dass man sich doch um die besorgten Bürger kümmern und sie ernst nehmen müsse, auch wenn sie dann die AFD wählen. Um es deutlich zu sagen, ich kann dieses verständnisvolle Gerede von den „besorgten Bürgern“ nicht mehr hören! Was soll das denn eigentlich heißen? Ja, wir haben ein großes Problem damit, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht, dass viele Bürger keinen bezahlbaren Wohnraum finden, dass diese Welt immer komplexer wird und man sich schwer tut, sich darin noch zurecht zu finden. Aber ist es deswegen verständlich, ausgerechnet eine Partei zu wählen, die die Menschen sortieren will, wer für würdig gehalten wird, hier zu leben und wer nicht? Die die Frauen wieder hinter den Herd stellen und ihren Wert nach der Zahl ihrer Kinder bemessen will? Wer garantiert mir eigentlich, dass ich nicht bei nächster Gelegenheit auch vor die Frage gestellt werde, ob man mich in diesem Land noch will?

Jeder, der diese Partei wählt, muss sich fragen lassen, ob er also auch damit einverstanden ist, das man gegebenenfalls auf Flüchtlinge, auch wenn sie Kinder sind, schießt; ob bei uns nicht jeder seinem Glauben nachgehen kann und soll? Was haben denn die vielen besorgten Bürger bisher für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft geleistet hat, außer hier zufällig geboren zu sein? Was hebt einen AFD Politiker denn gegenüber anderen ab, dass er sich erlauben kann, darüber zu urteilen, wer es wert ist, hier leben zu dürfen? Dass er die deutsche Sprache, in welchem Maß auch immer beherrscht, weiß, wie er sich zu kleiden hat, eine weiße Hautfarbe hat, an den lieben Gott vielleicht einmal an Weihnachten denkt und sich über Schweinsbraten, Bier und Oktoberfest definiert – soll es das wirklich gewesen sein??

Angst machen mir nicht die Flüchtlinge, sondern faschistischer, menschenverachtender Pöbel, wie wir ihn jetzt am 3. Oktober in Dresden wieder erleben mussten!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich glaube natürlich nicht, dass es sich bei den 10 bis 20% Anteil an Wählerstimmen für die AfD um überzeugte Ausländerhasser handelt, auch wenn es sehr erschreckend ist, dass diese Hetze der AfD die Menschen nicht davon abhält, diese Partei zu wählen. Auch wird die Hetze eines Generalsekretärs Scheuer nicht viele davon abhalten, weiterhin die CSU zu wählen. Es gibt leider diesen Mechanismus, dass die Menschen für ihre Unzufriedenheit einen Schuldigen, ein Bild brauchen. Früher waren es die Juden – sind es heute die Flüchtlinge?

Diese Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen müssen wir sicher ernst nehmen. Ebenso die Unsicherheit, was in Zukunft auf die Bürger in einer globalisierten Welt zukommt, mit unsicheren Renten, Finanzkrisen, Ceta- und TTIP Abkommen, zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen und wenig Klarheit, wie dies gesteuert werden kann, wer die Guten und wer die Bösen sind!

Viele dieser Wähler sind auch einfach Protest- und Denkmittelwähler, die einfach einmal der etablierten Politik sagen möchten, ihr stinkt mir! Damit ändert sich zwar nichts, aber es scheint diesen Wählern ein gewisses, wenn auch sehr schales, Vergnügen zu bereiten, denen habe ich es aber jetzt gezeigt!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
es ist für viele Bürger und für große Teile der Öffentlichkeit selbstverständlich geworden, für alles was in dieser globalisierten Welt passiert, die Politik verantwortlich zu machen – und ich glaube, wir können als Sozialdemokraten keinen größeren Fehler machen, als uns diesen Schuh anzuziehen. Noch jede gesetzliche Regelung, jede politische Entscheidung muss nach Innen wie nach Außen abgestimmt werden, ist in ihrer Wirksamkeit von vielen Faktoren abhängig, woraus wieder Gegenbewegungen resultieren. Es lässt sich überall ein Haken finden, der tatsächlich oder nur vermeintlich für die eigene Lebenssituation Nachteile bringt. Daher die große Sehnsucht nach dem großen Führer, der behauptet alle Probleme zu lösen und dann schließlich doch wieder scheitert oder ein diktatorisches System errichtet, wie

in Russland oder der Türkei, das hat mit unserem Verständnis von Demokratie nichts mehr zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir können den Bürgerinnen und Bürgern nicht versprechen, dass wir alle Probleme für sie lösen, wir können ihnen aber versprechen, dass wir uns dabei immer an unseren Werten einer sozialen und gerechten Gesellschaft orientieren und dass wir dies **mit den Bürgern** tun wollen!

Wir haben immer wieder daran zu arbeiten, die Nähe zu den Bürgern zu suchen, uns mit ihnen auseinander zu setzen. Ich bin deswegen, wenn ich in Augsburg bin, ständig unterwegs, nicht nur um zu repräsentieren - auch wenn dies manchmal nötig ist - sondern um in Schulen, bei Vereinen und Verbänden und in Einrichtungen den Kontakt herzustellen, mir anzuhören, was die Bürger bewegt wie auch umgekehrt, Politik zu erklären.

Wir müssen Bürger aber auch fordern und motivieren, nicht nur alle vier Jahre ihr Kreuz an der richtigen Stelle zu machen, sondern sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen. Es ist mir daher ein großes Anliegen, bürgerliches Engagement zu fördern, die Bürger mit in die Verantwortung für unsere Gesellschaft zu nehmen und ihnen dafür auch den nötigen Raum zu geben.

Ich werde daher ein **Projekt politische Bildung** starten. Wir müssen insbesondere die jungen Bürger wieder für die Politik interessieren. Ich bin überzeugt, dass es gerade auch viele junge Menschen gibt, die etwas tun, sich nicht einfach nur als Zuschauer auf die Tribüne setzen wollen, sondern sich engagieren möchten. Auch bei meinen vielen Schulbesuchen habe ich immer wieder feststellen können, wie sehr sich die Schüler interessiert haben und wie lebhaft die Diskussionen mit ihnen waren. Wir müssen ihnen einen Zugang zur Politik ermöglichen und ich will daher zusammen mit den Jusos ein regelmäßiges und kontinuierliches Angebot machen, dass allen Bürgern offen steht.

Natürlich ist die Beteiligung der Bürger kein einfaches Geschäft, Entscheidungsprozesse sind langwierig und oft

anstrengend, aber notwendig, um Rückhalt und Unterstützung bei den Bürgern zu finden.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
es ist schon richtig, wir müssen uns auch angesichts der Wahlergebnisse ernsthaft hinterfragen, haben wir alles dafür getan,

- dass die Bürger uns vertrauen können,
- dass wir mit unserer Politik für unsere Werte wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe aller Menschen an dieser Gesellschaft eintreten
- dass wir dies durch unser Auftreten und unser Engagement auch wirklich unter Beweis stellen.

Umgekehrt müssen wir uns aber auch gegenüber Bürgern klar positionieren: Wir erwarten auch, dass sie selbst Verantwortung für sich und für diese Gesellschaft übernehmen.

Die SPD hat dafür auch die richtigen Antworten und Konzepte wie internationale Vergleichsstudien zeigen:

- **Soziale Gerechtigkeit** ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wachstum, nicht etwa umgekehrt
- **Offene Gesellschaften** mit einem hohen Maß an Zusammenhalt, Demokratiequalität und Bürgerrechten sind besonders erfolgreich darin, nachhaltige Reformen auf den Weg zu bringen
- **Fortschritte** erzielen die Länder, in denen es sozial gerechter zugeht, weil sie sich die Fähigkeit zur permanenten Erneuerung bewahren.

Dieses Land mit seiner Demokratie, seiner sozialen Marktwirtschaft, mit seiner Verantwortung für eine fürchterliche Vergangenheit und ihrer Bewältigung ist es allemal wert, sich für den Zusammenhalt und die Integration aller Bürger einzusetzen!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wenn wir uns jetzt damit beschäftigen, für welche Politik unsere Partei in den nächsten Jahren steht, dann geht es natürlich einmal um die große Herausforderung der Integration

der vielen Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind. Wir haben es geschafft, knapp eine Million Menschen aufzunehmen und jetzt geht es eben darum, was mit ihnen weiter geschehen soll. Ob es uns gefällt oder nicht, sehr viele werden bei uns bleiben und wenn wir möchten, dass sie für ihr Leben und ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen sollen, dann können wir sie nicht in irgendwelchen Unterkünften isolieren.

Wir müssen große Anstrengungen für die Integration der Flüchtlinge unternehmen und darauf achten, dass wir den sozialen Ausgleich sichern und die Aufwendungen für die Integration von Flüchtlingen nicht zu Lasten der sozialen Leistungen für alle Bürger gehen.

Die Aufwendungen für die Integration sind aber auch eine **Investition in die Zukunft** unseres Landes. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, sind jung, bringen viele Kinder mit und verändern den demographischen Aufbau unserer Gesellschaft!

Wir haben doch gerade jetzt das Problem, dass das gegenwärtige Rentensystem bei dem Altersaufbau unserer Gesellschaft in Zukunft nicht mehr funktioniert, dass die Wirtschaft nicht mehr über ausreichend Fachkräfte verfügt, dass der Anteil derer, die arbeiten und die in die Sozialversicherungen einzahlen, immer geringer wird. Die Integration der vielen Flüchtlinge kann dieser Entwicklung entgegenwirken!

Integration geht dabei nicht von heute auf morgen, die Menschen brauchen Zeit, um die Sprache zu lernen, Qualifikationen zu erwerben und sich in unser System mit unseren Regeln hineinzufinden.

Dabei kann uns die Gastarbeitergeneration ein sehr gutes Beispiel sein, wie lange so etwas dauert und was man dabei alles falsch machen kann. Diese Menschen sind in dem Bewusstsein gekommen, hier ein paar Jahre zu arbeiten und dann wieder zurückzugehen – und genauso haben wir sie auch behandelt. Es gab keine Integrations- und Sprachkurse. Für die Kinder haben wir eigene türkischsprachige Klassen geschaffen, weil sie ja alle wieder zurückgehen sollten. Und dann wundern wir uns heute, dass diese Bürger sich immer noch eher mit der Türkei identifizieren als mit unserem Land!?

Nein, wir müssen den Menschen eine reale Bleibeperspektive bieten, damit sie sich hier zurechtfinden können, anstatt in eigenen Ghettos abzuwarten, was mit ihnen passiert. Die beste Integration findet auf dem Arbeitsmarkt statt und die Arbeitsverwaltung in Bayern ist hier im Übrigen sogar bundesweit Vorreiter:

- mehr als 20.000 Flüchtlinge wurden bisher in Arbeitsverhältnisse vermittelt,
- mehr als 4.000 haben eine Ausbildung begonnen
- und 12.300 haben Praktikumsstellen bekommen.

Integration ist auch eine Investition in **Sicherheit**.

- Wenn Menschen die Chance bekommen, hier durch ihre Arbeit für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie selbst sorgen zu können,
- wenn ihre Kinder hier zur Schule gehen und alle Chancen auf Bildung bekommen,
- wenn ihr Leben wieder eine Perspektive und Sicherheit bekommt,
- dann werden sie sich auch mit den Lebensverhältnissen und den Regeln in Deutschland identifizieren!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir sind dabei nicht blauäugig, Integration ist ein langer Prozess mit vielen Schwierigkeiten. Natürlich brauchen wir dabei auch eine **Verstärkung der Sicherheitsorgane**. Dienststellen bei der Polizei auch in Bayern wurden in den letzten Jahren abgebaut und wir werden uns als SPD weiterhin dafür einsetzen, dass die Polizei mehr Personal erhält. Auch die Aufklärung und Beobachtung von islamistischen Gruppen muss weiterhin im Focus stehen, wobei dies zuletzt ja auch durchaus erfolgreich gelungen ist.

Eine absolute Sicherheit wird es aber auch in Zukunft nicht geben und es ist schon reichlich naiv, wenn die CSU meint, durch eine Absperrung der Grenzen Anschläge von Islamisten vermeiden zu können. Diese Showveranstaltungen von Grenzkontrollen taugen dazu den Reiseverkehr und die Wirtschaft zu schädigen und zu sonst nichts.

Einen ähnlich absurden Streit führt die CSU über die Festsetzung von Obergrenzen für Flüchtlinge – was schon allein rechtlich ein Blödsinn ist. Das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention sind individuelle Rechte und kennen keine Definition nach Menge. Also Seehofer und Konsorten sollen dann auch bitte ehrlich sein, ihnen geht es nicht um das Recht der Menschen auf Schutz vor Verfolgung. Für sie ist dieser Schutz eine Gnade, die man sich erwerben muss, möglichst nur mit christlich abendländischer Kultur, was auch immer das sei. Alle anderen sollen schauen, wo sie bleiben – wieder eine neue Form der Sortierung von Menschen!

Natürlich können wir nicht alle Flüchtlinge dieser Welt aufnehmen, aber dann müssen wir eben auch alles dafür tun, dass sie nicht mehr flüchten müssen! Wir tragen als Bürger dieses Staates durch unsere Wirtschaftskraft, durch unseren Export und den Raubbau an Bodenschätzen und unserer Umwelt Mitverantwortung für die oft elenden Lebensverhältnisse in vielen Ländern.

- Wir müssen viel mehr tun, um diesem Raubbau auch durch unsere eigene Wirtschaft und unser Konsumverhalten Einhalt zu gebieten. Wir müssen den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in diesen Ländern unterstützen. Dann brauchen wir auch nicht mehr Krokodilstränen vergießen, wenn wieder einige hundert Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, weil die EU Außengrenzen wieder so schön dicht sind!
- Wir müssen ihnen mehr Möglichkeiten geben, am Welthandel teilzuhaben, anstatt Waffen an alle Welt zu liefern.
- Deutschland muss für eine konsequente Friedenspolitik stehen, wie es Franz Walter Steinmeier unermüdlich praktiziert, auch wenn es wie in Syrien zum Verzweifeln ist. Gerade weil die Welt derzeit aus den Fugen zu geraten scheint, braucht es eine konsequente Friedenspolitik.
- Nicht zuletzt müssen wir uns für die Ausbildung und Sicherung staatlicher Verwaltung in diesen Ländern einsetzen, damit überhaupt die Voraussetzungen für die Entwicklung dieser Länder gesichert werden können.

Es gibt hier viele gute Ideen und Projekte und in dem Fall muss ich auch einmal den Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit loben, der ausgerechnet von der CSU ist und hier eine sehr gute Arbeit macht.

Wir haben aber auch ein großes Problem in Europa, weil die großen Chancen und Werte eines vereinigten und friedlichen Europas immer weniger gesehen werden. Viele Staaten betrachten Europa ausschließlich als Mittel zum Zweck. Es ist beschämend wie gerade osteuropäische Staaten wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei Europa nur solange im Munde führen, wie sie von Fördermitteln profitieren, aber sich nicht für europäische Werte engagieren möchten. Da ist der Brexit der Engländer schon ehrlicher, weil man es dort schon immer abgelehnt hat, Teil der europäischen Gemeinschaft sein zu wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die SPD steht voll und ganz zu Europa, nicht einfach wegen des gemeinsamen Marktes,

- sondern weil wir ein friedliches Zusammenleben der Völker wollen,
- weil wir nur dann Frieden miteinander finden, wenn jeder von diesem Europa profitiert,
- weil wir den Austausch und die Begegnung der Menschen wollen
- weil nur ein gemeinsames und starkes Europa in der Lage ist, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in Europa und der Welt zu sichern!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben einiges in der großen Koalition auf den Weg gebracht, aber vieles ist auch nur Stückwerk geblieben. Wir werden in dem anstehenden Wahlkampf nur Erfolg haben, wenn wir uns ganz klar und unmissverständlich positionieren. Angesichts der AfD und der Kopie ihrer Politik durch die CSU war es noch nie so notwendig, eine klare Haltung einzunehmen.

Die CSU spricht so gerne von der Leitkultur, die sie den Menschen abverlangen will, die zufällig nicht in Deutschland geboren sind – und bleibt dabei sehr diffus, was sie denn eigentlich damit meint, es stört sie halt, wenn die Menschen irgendwie anders sind!

Auch wir als Sozialdemokraten haben eine **Leitkultur** und wissen aber sehr genau, was wir damit meinen:

- Wir wollen, dass **alle** Menschen in unsere Gesellschaft ein gesichertes Auskommen haben und von ihrer Arbeit leben können. Deswegen ist die ungleiche Verteilung von arm und reich in unserer Gesellschaft nicht tragbar, es geht nicht an, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden! Die Umverteilung von den Armen zu den Reichen muss gestoppt, hohe Einkommen, große Vermögen müssen stärker zur Entlastung der unteren Einkommensschichten herangezogen werden – und damit das funktioniert, müssen Steuerflüchtlinge besser verfolgt, Steueroasen ausgetrocknet und die Steuertricksereien internationaler Unternehmen wie etwa von Apple unterbunden werden.
- Wir stehen ein für eine solidarische Gesellschaft, in der die Starken die Schwachen stützen! Nur dann wird es Frieden und Zusammenhalt geben.  
Gerade die sogenannte wirtschaftliche Elite muss sich fragen lassen, was sie denn Großartiges für unsere Gesellschaft leistet, wo denn ihre teuer honorierte Verantwortung bleibt, wenn VW und die deutsche Bank durch Betrugereien der Bosse in große Schwierigkeiten kommen, Arbeitsplätze in Gefahr geraten und der Ruf der deutschen Wirtschaft massiv gefährdet ist? Sie werden mit astronomisch hohen Abfindungen in den Ruhestand geschickt, anstatt persönlich für den von ihnen angerichteten Schaden aufzukommen – das ist das was die Bevölkerung so aufbringt und für Unfrieden sorgt.
- Es kann auch nicht sein, dass das Rentenniveau immer weiter gesenkt wird und Menschen, die immer gearbeitet haben, von der Rente nicht mehr leben können. Hier müssen alle Bürger, nicht nur die Arbeitnehmer, mit in die

Pflicht genommen werden, zu einer auskömmlichen Rente für alle beizutragen.

- Wir müssen die Familien stärken, ihnen ausreichende Möglichkeiten geben, Kinder, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Auch und gerade in Bayern brauchen wir den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagschulen.
- Eine Wohnung darf kein Luxus werden, sondern ist ein Menschenrecht. Sie darf nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Wir haben hier größte Anstrengungen übernehmen und müssen vor allem die Kommunen stärken, diese Aufgaben bewältigen zu können.
- Pflege darf nicht zur Aufopferung oder moralischen Verpflichtung für Angehörige und Pflegekräfte führen. Politik muss ihnen durch ausreichende Rahmenbedingungen die Freiheit geben, mit guten Gefühlen und ohne persönliche Überforderung diese Aufgabe wahrzunehmen.
- Der Mindestlohn ist in der Tat ein minderer Lohn. Wir haben eine wichtige Mindest-Grenze nach unten gesetzt, dabei können wir aber nicht stehen bleiben.
- Leiharbeit und Werkverträge sind als Instrument zur Lohnabsenkung und zur Tariffucht verkommen, wir haben angefangen gegen zu steuern, aber es war auch nur ein Anfang.
- Es kann nicht sein, dass sich Bürger je nach Einkommen oder Anstellung ihrer Beiträge zu einer solidarischen Absicherung für alle Bürger entziehen können. Wir brauchen die Bürgerversicherung für Rente, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit für alle Bürger.
- Und schließlich stehen wir für den Respekt und die Achtung eines jeden Menschen ein, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion, seiner Hautfarbe oder seinem Geschlecht. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass **jeder** die gleichen Chancen auf Bildung, Integration und

Beschäftigung erhält und in Sicherheit und Freiheit leben kann.

Das ist unsere Leitlinie für ein freies und demokratisches Deutschland, darauf sind wir stolz und dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
es zeichnet unsere Partei aus, dass wir immer auch miteinander über den richtigen Weg streiten. Zuletzt war dies die Auseinandersetzung um CETA, wo wir Bayern auf dem Konvent gegen das Abkommen in der jetzigen Form gestimmt haben, auch wenn wir grundsätzlich Handelsabkommen für wichtig halten, um wirtschaftlichen Austausch und Handel nach klaren Regeln und Standards zu sichern.

Genauso können und dürfen wir streiten, mit welchem Kanzlerkandidaten wir am besten in die nächste Wahl gehen, wer unsere Politik am besten gegenüber den Wählern verkörpern kann.

Aber - dabei muss immer eines nach Innen und Außen klar sein, wir streiten für unsere **gemeinsame Sache, unsere Leitlinie ist ein demokratisches, freies und sozial gerechtes Deutschland** gegen den rechten Nationalismus.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir können als Partei nur so stark sein, wie sich unsere Mitglieder engagieren, wie sehr sie davon überzeugt sind, dass es sich lohnt, für unsere Ideen und Vorstellungen einer solidarischen und gerechten Welt zu streiten.

Dies gilt gerade jetzt umso mehr, wo der Nationalismus und Rassismus auf dem Vormarsch ist. Sprecht deswegen auch eure passiven Mitglieder an, gerade jetzt gilt es für jeden Sozialdemokraten klar Haltung zu zeigen, Verantwortung für diese Gesellschaft zu übernehmen und sie nicht der rechten Hetze zu überlassen.

Ich will meinen Teil dafür mit aller Entschlossenheit tun!

Vielen Dank!

